

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

FLOND

Grünes Licht für Sanierung der Obersaxenstrasse

Die Bündner Regierung hat ein Projekt zur Sanierung und Korrektur der Obersaxenstrasse genehmigt. Die Fahrbahn im Siedlungsgebiet der Ortschaft Flond sei in einem schlechten Zustand, heisst es in einer Mitteilung vom Donnerstag. Dasselbe gelte für die beiden Stützmauern, bei denen teilweise gar die Fundamente sichtbar seien. Im Rahmen des Projekts sollen unter anderem die Trottoirs verbreitert, zwei Bushaltestellen behindertengerecht ausgebaut und ein neuer Fussgängerstreifen erstellt werden. Zudem wird auf Wunsch der Gemeinde Obersaxen Mundaun beim westlichen Dorfe eine Trenninsel errichtet, welche den Verkehr beruhigen soll. Die Gesamtkosten belaufen sich laut Mitteilung auf rund vier Millionen Franken. (red)

CHUR

Leistungszentren werden unterstützt

Die Regierung hat aus der Spezialfinanzierung Sport mehrere Beiträge an regionale und nationale Leistungszentren, die den Sitz und ihre Haupttätigkeit im Kanton Graubünden haben, gesprochen. Wie es in einer Mitteilung heisst, sichert sie insgesamt 38 Leistungszentren Beiträge in der Höhe von 673 400 Franken zu. Die Zentren müssen im Wachstumskonzept des nationalen Verbands vorgesehen sein und einen Nachwuchsförderungsbeitrag von Swiss Olympic vorweisen können. (red)

JENINS

Andrea Frei präsidiert neu den Markenrat Graubünden



Der Markenrat Graubünden hat eine neue Präsidentin: Die Kommunikationschefin der Würth International AG in Chur, Andrea Frei (links), folgt auf die Winzerin und Unternehmerin Francisca Obrecht aus Jenins, wie es in einer Mitteilung vom Donnerstag heisst. Obrecht hatte den Markenrat in den vergangenen viereinhalb Jahren präsidiert. Die Stabsübergabe fand vor Kurzem an der Markenratsitzung in Jenins statt. Der vom Kanton eingesetzte, 18-köpfige Markenrat berät die Geschäftsstelle der Marke Graubünden in strategischen Fragen. (red)

CHUR

«Buskers Chur» fällt auch dieses Jahr aus

Das Churer Strassenfestival «Buskers» findet auch dieses Jahr nicht statt. Das gaben die Veranstalter knapp drei Monate vor der geplanten Durchführung auf ihrer Website bekannt. Die Planungsunsicherheit sei zu gross: «Die Lage verbessert sich zwar fast täglich, aber für unser Festival mit freiem Zugang nicht schnell genug.» Bereits im Januar hatten die Organisatoren das Festival, das normalerweise im Juni stattfindet, vorsorglich in den Spätsommer verschoben. (jas)

Fehlverhalten hat keine personellen Folgen

Zwei weitere Untersuchungsberichte bestätigen die Fehler des kantonalen Tiefbauamtes in Sachen Baukartell. Schwerwiegende systematische Verstösse wurden aber nicht entdeckt.

von Patrick Kuoni

Zwei unabhängige Experten kommen, wie am Mittwoch die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), zum Schluss, dass Mitarbeitende des Kantons Graubünden nicht aktiv an Preisabsprachen teilgenommen haben. Auch ansonsten decken sich die am Donnerstag vor den Medien vorgestellten Untersuchungsergebnisse der Professoren Martin Beyeler (Bau- und Vergaberecht) und Andreas Stöckli (Staats- und Verwaltungsrecht) der Universität Freiburg mit den Ergebnissen der PUK. Hier die wichtigsten Erkenntnisse und was Regierungspräsident und Baudirektor Mario Cavigelli zu einigen zentralen Ereignissen und Verfehlungen in seinem Departement sagt.

Interne Liste

In ihrem Bericht stellen die Experten fest, dass in mindestens einem Fall auf ungeklärte Weise eine interne Bauprojektliste mit Detailinformationen des Tiefbauamtes an Bauunternehmer gelangt sei. «Das ist ganz klar ein Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht. Allerdings blieb bei unseren Untersuchungen unklar, wie die Liste zu den Bauunternehmern gelangen konnte», so Stöckli. Und: «Es zeigte sich, dass das Tiefbauamt im untersuchten Zeitraum von 2004 bis 2012 eine nicht sachgerechte Praxis pflegte.» Konkret wurde an regionalen Versammlungen des Graubündnerischen Baumeisterverbandes über fürs nächste Jahr vorgesehene Tiefbauprojekte informiert, «was Submissionsabreden begünstigt haben könnte».

Regierungspräsident Cavigelli meinte am Donnerstag vor den Medien zu diesen Feststellungen: «Wie die Untersuchungen gezeigt haben, handelt es sich bei der Herausgabe einer Projektliste wohl um einen Einzelfall, und es konnte nicht erstellt werden, dass Mitarbeitende des Tiefbauamtes diese Liste bewusst für Absprachen herausgegeben haben.» Trotzdem sei dieser Vorgang aus der heutigen Sicht definitiv unangebracht gewesen. Der Kanton habe Massnahmen getroffen, sodass solche Vorfälle nicht mehr vorkommen könnten (siehe Artikel unten).



Steht Red und Antwort: Regierungspräsident Mario Cavigelli nimmt Stellung zu den externen Untersuchungen in Sachen Baukartell durch Martin Beyeler (links im Bildschirm) und Andreas Stöckli (rechts). Bild Olivia Aebli-Item

Fehlende Reaktion

Gleich wie die PUK werfen auch die Experten Mitarbeitenden des Tiefbauamtes ein Fehlverhalten vor. Dies im Zusammenhang mit einem Gespräch 2009 mit dem Informanten Adam Quadroni. Quadroni hatte dort über umfassende Preisabsprachen im Zeitraum bis 2006 berichtet. Beanstandet wird

«Ich möchte an Adam Quadroni meinen Respekt, meine Anerkennung und meinen Dank richten.»

Mario Cavigelli
Regierungspräsident

gemäss Stöckli die fehlende Protokollierung des Gesprächs, die Fehleinschätzung der Bedeutung des von Quadroni geschilderten Sachverhalts sowie der von ihm eingereichten Unterlagen, ungenügende Anstrengung des Tiefbauamtes, die Unterlagen von Quadroni weiter zu verfolgen und zu ergänzen, und die fehlende Meldung an den Departementsvorsteher.

Dieser Departementsvorsteher war damals noch der heutige Mit-Ständerat Stefan Engler. Sein Nachfolger Cavigelli meinte dazu: «Die Regierung anerkennt, dass dieser nicht adäquate Umgang mit den Informationen von Quadroni dazu geführt hat, dass den Preisabsprachen nicht unmittelbar ein Ende gesetzt werden konnte. Er betonte aber auch, dass die Situation und die Ausgangslage zu dieser Zeit noch etwas anders gewesen seien als heute. «Es ist heute einfach, das durchaus schon zu dieser Zeit unangemessene Verhalten zu kritisieren.»

Unter anderem, weil der Bericht der Experten keine schweren

systematischen Verstösse zutage gebracht habe, verzichte man auch auf personelle Konsequenzen. Dies gelte auch für die Mitarbeitenden des Tiefbauamtes, denen rund um das Gespräch von Quadroni Fehlverhalten vorgeworfen wird. «Die Regierung hat die Sache beurteilt und sie ist auch aufgrund der Tatsache, dass das Fehlverhalten schon zwölf Jahre zurückliegt, zum Schluss gekommen, dass es keine personellen Konsequenzen gibt.» Die Aufarbeitung der Ereignisse wäre gemäss Cavigelli ausserdem ohne diese Personen nicht in diesem Ausmass möglich gewesen.

Lob für Quadroni

Einen sehr lobenden Ton schlug Cavigelli gegenüber Quadroni an. «Es ist bedauerlich, dass es einen Anstoss von aussen, oder in diesem Fall leider sogar mehrere Anstösse von aussen brauchte, um die Preisabsprachen ans Licht zu bringen. Ich möchte deshalb an Quadroni an dieser Stelle meinen Respekt, meine Anerkennung und meinen Dank richten.»

Kanton hat bereits gehandelt

Die Baukartell-Berichte zeigen beim Kanton Verbesserungspotenzial auf – ein Teil ist umgesetzt.

von Patrick Kuoni

Der Kanton Graubünden – und vor allem das Tiefbauamt – kommt bei den Untersuchungsberichten rund um das Baukartell nicht gut weg. Im Untersuchungszeitraum zwischen 2004 und 2012 lief einiges schief (siehe Artikel oben).

Es lässt sich aber zumindest attestieren, dass der Kanton aus seinen Fehlern gelernt zu haben scheint. Sowohl die Parlamentarische Untersuchungskommission als auch die beiden Experten der Universität Freiburg kommen zum

Schluss, dass die Regierung seit Beginn der Untersuchungen der Wettbewerbskommission zahlreiche Verbesserungsmassnahmen getroffen hat. «Bereits ab dem Jahr 2013 haben die Bündner Behörden den Handlungsbedarf erkannt und Massnahmen zur Optimierung der Vergabeprozesse ergriffen und diese seither aufmerksam weiterentwickelt», heisst es im Bericht der Professoren Martin Beyeler und Andreas Stöckli.

Der Bündner Regierungspräsident Mario Cavigelli skizzierte kurz, welche Massnahmen dies sind. So sind gemäss dem Bau-

direktor Kontroll-Checklisten eingeführt worden. «So sollen mögliche Absprachen besser erkannt werden.» Zudem gebe es eine Anlaufstelle beim Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement, wo ein Verdacht auf Preisabsprachen gemeldet werden könne. «Weiter werden auch digitale Angebotsscreenings durchgeführt. Dieses Screening wird aktuell noch stetig weiterentwickelt», so Cavigelli. Ausserdem würden Schulungen durchgeführt, um für das Thema Preisabsprachen zu sensibilisieren.

Die Experten Beyeler und Stöckli halten die neuen Massnahmen für sinnvoll. In ihrem Bericht haben sie aber noch einige Ergänzungen angebracht. So regen sie an, dass die Checkliste in einigen Bereichen präzisiert oder ergänzt wird und Schulungen auch für Architektur- und Ingenieurbüros durchgeführt werden sollen. Wie die Parlamentarische Untersuchungskommission regt sie weiter an, dass die bestehende Anlaufstelle für Preisabsprachen besser extern angesiedelt werden soll. Cavigelli hielt fest, dass man diese Empfehlungen nun überprüfen und je nachdem auch Anpassungen vornehmen werde.